

1 *Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

2 *Der SPD Landesparteitag möge beschließen:*

3 *Die Juso Landesmitgliederversammlung möge beschließen:*

4 *Die Mitgliederversammlung der Jusos Bremen-Stadt möge beschließen:*

## 5 **A 9 Polizeiarbeit bürgernäher und transparenter machen**

6

### 7 **1. Vorwort**

8 Das Thema innere Sicherheit und Polizei hat einen schweren Stand in linken Diskursen, so liegt  
9 der Fokus doch häufig auf dem Fehlverhalten staatlicher Akteur\*innen und weniger auf der  
10 aktiven Gestaltung einer eigenen stringenten Innenpolitik. Häufig läuft man deswegen Gefahr,  
11 das Thema rechtsradikalen oder konservativen Kräften zu überlassen, deren Vorstellungen sich  
12 in einer "Law and Order"-Politik erschöpfen, die Feindbilder aufbaut, Minderheiten mit  
13 Repressalien bedroht und Freiheiten beschneidet - alles im Dienste einer vermeintlichen  
14 öffentlichen Sicherheit.

15

16 Eine sozialdemokratische bzw. sozialistische Innenpolitik muss dagegen zum Ziel haben, allen  
17 Menschen ein Leben in Freiheit zu ermöglichen und darf kein Mittel der Repression gegen  
18 Subkulturen, ethnischen Minderheiten oder anderen Gruppen sein. Als Partei, die den  
19 demokratischen Sozialismus immer noch im Grundsatzprogramm verankert hat, muss oberste  
20 Maxime der Innenpolitik eine freie, solidarische und offene Gesellschaft sein.

21

22 Viel zu oft sehen wir jedoch, dass die SPD diesem Anspruch nicht gerecht wird und im besten  
23 Fall zu wenig tut, um diese Ziele zu verwirklichen. Im schlechtesten Fall arbeitet sie gegen diese  
24 Ziele an und verwechselt Sicherheit mit Repression und Einschränkung der Freiheit. Um dem  
25 entgegenzuwirken, wollen wir mit diesem Antrag die Grundsätze sozialdemokratischer  
26 Innenpolitik im Bereich der Polizeiarbeit festhalten und dabei konkrete Maßnahmen aufzeigen.

27

### 28 **2. Polizeiarbeit in Bremen**

29 Wenn Menschen mit der Staatsgewalt in Kontakt kommen, geschieht dies fast immer in Form  
30 der Polizei. Umso wichtiger ist es deshalb, ein besonderes Augenmerk auf die Strukturen  
31 innerhalb der Polizei zu legen und wie sie die einzelnen Polizist\*innen beeinflussen.

32 Niemandem ist geholfen, wenn wir Vorfälle von Rassismus, Polizeigewalt oder  
33 Rechtsradikalismus als individuelles Fehlverhalten abtun, denn so ignorieren wir die  
34 Strukturen, die so ein Verhalten begünstigen und sogar fördern. Nötig ist es Strukturen zu  
35 schaffen, die Fehlverhalten aufdecken und effektiv sanktionieren.

36

### 37 **Für eine moderne Ausbildung von Polizeikräften**

38 Im Einsatz sind Polizist\*innen häufig Stresssituationen ausgesetzt, woraus sich  
39 verständlicherweise ein enges Verhältnis zu Kolleg\*innen ergibt. Dies wird jedoch  
40 problematisch, wenn sich Polizist\*innen bei begangenen Straftaten gegenseitig decken oder  
41 Fehlverhalten vertuscht wird, um sich nicht gegenseitig zu schaden. Dabei brauchen wir gerade  
42 bei der Polizei eine offene Fehlerkultur, die solches Verhalten nicht zulässt und es vorbeugt,  
43 wofür wir bereits in der Ausbildung ansetzen müssen. Deshalb fordern wir im Bereich der  
44 Ausbildung:

45

- 46 • Vermittlung von Kompetenzen bei sozialen und gesellschaftlichen Fragestellungen,  
47 verbunden mit einer intensiven Reflektion der eigenen Rolle als Polizist\*in.
- 48 • Schwerpunkt auf Deeskalation und gewaltfreie Strategien zur Konfliktlösung und deren  
49 Vorteile gegenüber Maßnahmen, die die Anwendung von Gewalt beinhalten.
- 50 • Stärkere Beschäftigung mit der Bedeutung der Rechte von Bürger\*innen und  
51 Journalist\*innen für unsere demokratische Gesellschaft.
- 52 • Stärkere Sensibilisierung für das Thema Rassismus und Stärkung interkultureller  
53 Kompetenzen.
- 54 • Zusammenarbeit mit Kulturvereinen, zivilgesellschaftlichen Initiativen und  
55 Institutionen der politischen Bildungsarbeit.
- 56 • Keine Sparversion der Polizeiausbildung, wie z.B. beim Objektschutz.

57

58 Nach der Ausbildung sollten jährliche mehrtägige Schulungen sicherstellen, dass das Wissen  
59 aus der Ausbildung aufgefrischt und ausgebaut wird.

60

### 61 **Racial profiling verhindern**

62 Menschen mit Merkmalen, die auf einen Migrationshintergrund hindeuten, sind aufgrund  
63 dessen öfter Ziel polizeilicher Maßnahmen. Hierbei handelt es sich nicht um ein Vorgehen, das

64 auf Verdachtsmomenten beruht, sondern um eine als Racial Profiling bezeichnete  
65 Diskriminierung aufgrund ihres Aussehens/Nationalität oder Religion.

66 Dieser Generalverdacht gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen gleicht einer sich selbst  
67 erfüllenden Prophezeiung: Bei stärkeren Kontrolle einer Gruppe steigt auch die  
68 Wahrscheinlichkeit Straftaten festzustellen, rassistische Vorurteile finden so ihre vermeintliche  
69 Bestätigung. Da Kontrollen oft im öffentlichen Raum stattfinden, führt Racial Profiling auch zu  
70 einem Anstieg rassistischen Denkens in der Bevölkerung. Wird doch davon ausgegangen, dass  
71 die Kontrollierten kriminell sein müssen.

72 Zwar handelt es sich bei Racial profiling um eine nicht mit dem Grundgesetz vereinbare  
73 Maßnahme, im Vorgehen der Polizei ist sie aber oft gängige Praxis. Deswegen fordern wir:

74

75 • Die Polizei im Land Bremen muss zu Beginn von Personenkontrollen und  
76 Identitätsfeststellungen Bescheinigungen an die betreffende Person auszustellen, in denen die  
77 Gründe der Kontrolle aufgelistet werden. Auf deren Basis soll es möglich sein, bei einer  
78 unabhängigen Stelle Beschwerde gegen die Kontrolle einzulegen. Über dieses Recht ist  
79 umfassend und aufsuchend aufzuklären.

80 • Umfassende unabhängige Studien zu Racial Profiling und Entwicklung von  
81 Gegenmaßnahmen.

82

### 83 **Strengere Regelungen für Kontrollorte**

84 Mit dem Thema eng verbunden ist die Frage von besonderen Kontrollorten, deren Einrichtung  
85 einen erheblichen Eingriff in die Bürger\*innenrechte darstellt und deswegen strengeren  
86 Regelungen bedarf. Deswegen fordern wir:

87

88 • Die Festlegung von besonderen Kontrollorte darf nur noch durch richterliche  
89 Anordnung erfolgen. Bei welcher die Erfüllung der in § 11 Absatz 1, Nr. 2 Bremisches  
90 Polizeigesetz festgelegten Kriterien geprüft werden soll.

91 • Die SPD-Fraktion soll sich für eine Konkretisierung und Verschärfung der unter § 11  
92 Absatz 1, Nr. 2 Bremisches Polizeigesetz genannten Kriterien besonders in Bezug auf Dauer und  
93 Zielgruppen einsetzen. Eine dauerhafte Einrichtung von Orten als besonderen Kontrollorte  
94 muss dabei verhindert werden.

95 • Anlasslose Kontrollen oder solche die sich nur durch die Anwesenheit an diesen Orten  
96 begründen müssen unterbunden werden.

97 • Die Maßnahmen, die innerhalb einem dieser Kontrollorte durchgeführt werden, sollen  
98 von der geplanten Beschwerdestelle auf Auffälligkeiten wie z.B. Racial profiling untersucht  
99 werden. Die Ergebnisse müssen öffentlich zugänglich sein.

100 • Die Polizei und der Senat müssen nach Einrichtung eines solchen Ortes die  
101 Bürger\*innen vor Ort über diesen informieren und die Entscheidung transparent darstellen.

102

### 103 **Keine Aufrüstung der Polizei**

104 Die in den letzten Jahren stetig voranschreitende Aufrüstung der Polizei lehnen wir  
105 entschieden ab. Um das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken, sind Maschinenpistolen und  
106 Sturmgewehre mehr als hinderlich. Stattdessen fordern wir:

107

108 • Keine Ausrüstung mit "Tasern", die insbesondere für Menschen mit Herzproblemen  
109 gefährlich sind und gleichzeitig eine geringere Schwelle besitzen auch eingesetzt zu werden.

110 • Kontaktpolizist\*innen sollen Ihren Dienst ohne Schusswaffe leisten.

111 • Bei Demonstrationen sollen Polizist\*innen keine Schusswaffen mehr tragen, sofern es  
112 nicht eine konkrete Bedrohungslage gibt, die Schusswaffen nötig macht.

113 • Verbot, die Dienstwaffen außerhalb der Dienstzeiten zu tragen.

114

### 115 **3. Polizeigewalt verhindern und effektiv sanktionieren**

116 Als Vertreterin der Staatsmacht hat die Polizei das Recht körperlichen Zwang anzuwenden, dies  
117 jedoch immer unter strengen rechtlichen Auflagen. Unverhältnismäßige Anwendung von  
118 Gewalt gegenüber Bürger\*innen ist jedoch - gerade auf Demonstrationen wie z.B. beim G20 -  
119 keine Seltenheit in Deutschland. Wenn wir eine Polizei wollen, die die Freiheit und Sicherheit  
120 der Menschen schützt, sollten wir solches Verhalten nicht entschuldigen und kleinreden,  
121 sondern effektive Sanktionsmöglichkeiten und Maßnahmen zur Vorbeugung von Polizeigewalt  
122 schaffen. Dazu gehört es auch, dass die sich in Verantwortung befindlichen SPD-  
123 Politiker\*innen Vorfälle verurteilen und personelle Konsequenzen innerhalb der Polizei und  
124 Politik ziehen und durchsetzen.

125

### 126 **Bodycams als fester Teil der Polizeiausrüstung**

127 Oftmals stehen bei Vorfällen von Polizeigewalt die Aussage des Opfers gegen die Aussage  
128 des\*der Polizist\*in und der genaue Tathergang lässt sich nicht genau nachvollziehen.  
129 Deswegen fordern wir:

130

131 • Die Einführung von ständig eingeschalteten Bodycams, um für Transparenz und  
132 Aufklärung zu sorgen.

133 • Externe Speicherung der Aufnahmen, um Missbrauch und Manipulation zu verhindern.  
134

### 135 **Aussetzung von Beförderungen bei Ermittlungen**

136 Wenn Ermittlungen eingeleitet werden, sollte der Tatverdacht erst einmal geklärt werden,  
137 bevor über Beförderungen oder ähnliches geredet wird. So wird deutlich, dass  
138 Anschuldigungen ernst genommen werden und Täter\*innen nicht auch noch belohnt werden.  
139 Eine Aussetzung von Beförderungen von Polizeibeamt\*innen, gegen die ermittelt wird, ist  
140 deswegen dringend geboten.

141

### 142 **Unabhängige Beschwerdestelle für ungesetzliches Handeln der Polizei einführen!**

143 Grundsätzlich muss es allen Bürger\*innen möglich sein, sich über Maßnahmen der Polizei zu  
144 beschweren, ohne im Gegenzug Konsequenzen fürchten zu müssen. Eine gründliche  
145 Aufarbeitung von polizeilichen Fehlverhalten ist dabei nicht nur im Interesse des Opfers,  
146 sondern auch der Polizei im Allgemeinen. Gegenwärtig können die Ermittlungsverfahren dies  
147 nicht garantieren, da die zuständigen Staatsanwaltschaften zu stark mit den Polizeistellen  
148 verbunden sind. Staatsanwält\*innen sind auf die Zuarbeit der Dienststellen angewiesen und  
149 Kolleg\*innen ermitteln nur ungern gegen Kolleg\*innen oder sagen gegen diese aus. Damit  
150 Straftaten im Dienst trotzdem nicht ohne Konsequenzen bleiben, ist ein unabhängiges  
151 Ermittlungsverfahren dringend erforderlich. Deswegen fordern wir:

152

153 • Die Gründung einer unabhängigen Ermittlungsstelle, die - wie im Koalitionsvertrag  
154 gefordert - bei der Bürgerschaft angesiedelt ist und über eine angemessene Ausstattung von  
155 Ausrüstung und Personal verfügt.

156 • Diese Stelle muss unabhängig gegenüber der Polizei und Staatsanwaltschaft agieren  
157 können. Dafür braucht sie klare Befugnisse, wie ein Recht auf Akteneinsicht, Befragungen und  
158 unangemeldete Inspektionen.

- 159 • Daten von Opfern sollen dabei vertraulich und anonymisiert behandelt werden.  
160 • Ermittlungsstelle und Polizei müssen regelmäßig einen (Rechenschafts-)Bericht über  
161 Polizeigewalt anfertigen. So entsteht ein ungefähres Bild über das Ausmaß und den Umfang  
162 der Problematik im Land Bremen.  
163 • Eine starke Öffentlichkeitsarbeit der Beschwerdestelle, um die Einrichtung bei den  
164 Menschen im Land Bremen bekannt zu machen.

165

### 166 **Stärkerer Opferschutz - Ermittlungen nicht der Staatsanwaltschaft überlassen**

167 Bei Ermittlungen ist zu beobachten, dass diese schnell eingestellt werden, während die Opfer  
168 von Polizeigewalt häufig mit Gegenanzeigen rechnen müssen, um sie einzuschüchtern.  
169 Deswegen fordern wir:

170

- 171 • Die Möglichkeit anonymisierter Anzeigen, auch um Polizist\*innen das Anzeigen von  
172 Kolleg\*innen zu ermöglichen.  
173 • Ermittlungsverfahren gegen Polizist\*innen können nicht mehr von der  
174 Staatsanwaltschaft eingestellt werden, diese Entscheidung soll bei einem\*einer  
175 Ermittlungsrichter\*in liegen.

176

### 177 **Versammlungsfreiheit schützen**

178 Zur Ausübung der Meinungsfreiheit muss es den Menschen offenstehen Demonstrationen zu  
179 besuchen und zu organisieren. Bei großen Menschenmengen ist die Anwesenheit der Polizei  
180 zumeist nicht vermeidbar, jedoch kommt es vor allem bei linken Demonstrationen dazu, dass  
181 die Polizei das Recht auf Versammlungsfreiheit mit unverhältnismäßigen Maßnahmen  
182 eingeschränkt. Wir fordern deshalb:

183

- 184 • Sofortige richterliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit freiheitsentziehender  
185 Maßnahmen, wie dem sog. Polizeikessel.  
186 • Verbot des Einsatz von chemischen Reizstoffen bei Demonstrationen, sind diese doch  
187 häufig Kollektivstrafen gegen alle Teilnehmer\*innen der Demonstration.  
188 • Entkriminalisierung von Sitzblockaden.  
189 • Intensiver Fokus auf deeskalative Maßnahmen.

190 • Offenlegung der polizeilichen Gefahrenanalyse von Versammlungen nach ihrer  
191 Durchführung.